

# Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegraph-Adresse:  
Volksfreund Schneeberg.

Verantwortlicher Redakteur:  
Schneeberg 51.  
Aue 28.  
Schwarzenberg 19.

**Amtsblatt** für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Gartenstein, Johanns-  
georgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

Nr. 155

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonntag und Festtagen. Abonnement vierteljährlich 1 Mark 50 Pf., halbjährlich 2 Mark 50 Pf., jährlich 4 Mark 50 Pf., im ausländischen Postbezirk 5 Mark 50 Pf., im Ausland 6 Mark 50 Pf. Einzelhefte 5 Pf. Anzeigen werden nach dem Tarif berechnet. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Rückgabe von Manuskripten, die nicht rechtzeitig eingereicht sind.

Sonnabend, den 6. Juli 1895.

Verlagspreis Nr. 21 80.

Verlagspreis Nr. 21 80.

44. Jahrgang.

Auf dem den: **Landwirtschaftlichen Consumverein** zu Schneeberg und Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, in Schneeberg betreffend den Fol. 2 des Genossenschaftsregisters ist heute verlautbart worden, daß an Stelle des verstorbenen Herrn **Richard Emil Wettermann** in Neustädtel Herr **Friedrich Hermann Meinig** in Schneeberg als Vorstandsmitglied gewählt worden ist.  
Schneeberg, den 2. Juli 1895.

Königliches Amtsgericht.  
Rüller.

Inhalt: Gesetz, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnen-Schiffahrt. Gesetz, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Föhre. Allerhöchster Erlass, betreffend die Einrichtung und den Geschäftsgang des Kaiserlichen Kanalamts. Bekanntmachung, betreffend die Unfallversicherungspflicht der Besatzung von Hochseerischereidampfern. Bekanntmachung, betreffend die Anzeigepflicht für die Schweinefleisch, die Schweinepest und den Rothlauf der Schweine.

Die Stadträte von Aue, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg und Schwarzenberg, die Bürgermeister von Grünhain, Gartenstein, Johannsgeorgenstadt und Wildenfels, die Gemeindevorstände des amts-hauptmannschaftlichen Bezirks Schwarzenberg.

## Gras = Auktion.

Freitag, den 12. Juli 1895 Nachm. halb 2 Uhr  
soll die diesjährige Grasnutzung auf unserem vormals **Ebert'schen** Gute in Griesbach parzellenweise an den Meistbietenden unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen gegen sofortige Barzahlung an Ort und Stelle versteigert werden.  
Schneeberg, am 4. Juli 1895.

Der Stadtrat.  
Dr. von Woydt.

## Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit erneut in Erinnerung, daß das **Baden** Schwabener und Rader beiderlei Geschlechtes im **Schwarzwasser** und in der **Mulde in der Nähe von belebten Straßen** und von bewohnten Orten verboten ist und daher mit Geld bis zu 20 Mk. oder Haft bis zu 8 Tagen bestraft wird.  
Aue, den 4. Juli 1895.

Der Rath der Stadt.  
Dr. Kerschmar.

Nr. 23, 24 und 25 des diesjährigen Reichsgesetzblattes sind erschienen und liegen in der Expedition der unterzeichneten Behörden 14 Tage lang zur Einsichtnahme aus.

## Das französische Heer.

Im Juli-Fest der „Preussischen Jahrbücher“ unterzieht Oberlieutenant a. D. v. Winning die Verhältnisse des französischen Heeres einer eingehenden Untersuchung im Anschluß an die letzte Beratung des Militärkretats in der französischen Kammer (in diesem Frühjahr). Aus dem mit Klarheit und Schärfe geschriebenen Aufsatz seien im Nachstehenden einige Hauptpunkte hervorgehoben.

Das Fazit jener Verhandlungen, meint der Verfasser des Artikels, kann man ohne Uebertreibung bezeichnen als das Eingeständnis des französischen Volkes, mit seinen militärischen Leistungen am Ende seiner Kräfte an Geld und Menschen angelangt zu sein. Ja, es giebt der Erkenntnis von dem Unerbittlichen Ausdruck, in Frankreich mit den Nachahmungen der deutschen Heeres-Einrichtungen zu gleichen praktischen Ergebnissen zu gelangen. Der Berichterstatter der Budgetkommission war zu sehr ungünstigen Resultaten gelangt; seine Ausführungen gipfelten in dem Satz: „Sie haben keine Armee, sie haben nur das Skelett einer Armee!“ Wie er zu diesem Ergebnis gelangt, lehrt ein Blick auf die in den Debatten der Deputiertenkammer hervorgehobenen Mängel der französischen Organisation. Bemerkenswert bei sämtlichen in der Kammer über den Militär-Etat gehaltenen Reden ist der Hinweis auf die deutschen Verhältnisse. Mit handgreiflichen Uebertreibungen schildern die Redner das Uebergewicht des deutschen Heeres über die französischen Streitkräfte. Die deutsche Organisation macht es nach der Ansicht des Deputierten Raitbert, möglich, durch Wiedereingliederung des dritten Jahrganges die Friedensarmee um 300.000 Mann zu verstärken, ohne Mobilmachung, ohne eine öffentliche Mittheilung, ohne Eingriff in der Friedensbetriebe der Eisenbahnen! „Die Gefahr für uns“, fährt er fort, „liegt nicht in der um 70.000 Mann erhöhten Friedensstärke der Deutschen, sondern in dem, was an geschulten jungen Reserven dahinter steht, in dem, was man nicht sieht und welches man die Seite der Vogesen nur zu sehr zu verachten sich gewöhnt hat. Die Gefahr liegt in der Offensivmasse von 900.000 Mann (!), fast eine Million, welche vor der Mobilmachung über die Grenze geworfen wird und hinter welcher sich die Reserve-Armee von Millionen in Ruhe formiren können.“

Er macht den Vorschlag, an der Grenze eine vorzüglich ausgebildete „armée de couverture“ zu halten, die dem ersten choc begegnet, während hinter ihr das Volkshaus in Ruhe seine Mobilmachung vollzieht. — Mit starkem Pessimismus spricht der Abgeordnete Delafosse von der allgemeinen Wehrpflicht, die sich in Frankreich nicht einbürgern wolle; er rath, wieder auf die Berufsarmee zurückzugreifen. Einen Hauptmangel der französischen Organisation hebt der dritte Hauptredner, Bertheaux, hervor; er weist auf den schwachen Effectivbestand der einzelnen Truppenteile hin. Es werden zu viel Taugliche durch Abkommandirungen dem Dienst bei der Truppe entzogen; nach dieser Seite hat sich die Reform zu erstrecken. Der Befehl des früheren Kriegsministers, bei der Rekrutierung in Beantwortung der körperlichen Tauglichkeit weniger skeptisch zu verfahren, hat viele Untaugliche in die Armee gebracht. Darum fordert der Redner: „Alle Tauglichen

in die Truppe, alle Halbvaliden zu den Hilfsdiensten!“ Diese Rede kennzeichnet den geringen Eifer, den die Franzosen dem Militärdienst entgegenbringen, ihre Gewohnheit, dieser Pflicht sich, wenn irgend möglich, zu entziehen. Der Berichterstatter Jules Roche zeigte in seiner Rede eifriges Bemühen, zu einer richtigen Anschauung über die deutschen Armeeverhältnisse zu gelangen, aber ebenso auch große Irrthümer bei Beurtheilung derselben. Unter Hinweis auf unser Gesetz von 1893 fordert er die Einführung der zweijährigen Dienstzeit für Frankreich zur Erhöhung der Effectivbestände. Er schloß: „Im Jahre 1870 hatten wir Soldaten, aber es fehlte an Reserven; das war ein Fehler! Jetzt haben wir Millionen von Reservisten, aber keine Soldaten! Lassen Sie uns eine Organisation schaffen, welche uns auch Soldaten giebt. Die Mannschaft ist vorhanden, das Land wird die Mittel bewilligen! Ein unglücklicher Krieg würde uns sehr viel mehr Opfer auferlegen!“

Eine Recapitulation der skizzirten Reden ergiebt folgende springenden Punkte:

1. Alle Redner erkennen die Ueberlegenheit der deutschen Armee an, sowohl in Bezug auf die Quantität, wie die Qualität.
2. Alle Redner verlangen eine Reorganisation insbesondere die Herstellung gleichmäßiger und genügender „effectifs“ unter Ausbeutung der bekannten Mißbräuche (coalage).
3. Alle Redner, mit Ausnahme des Berichterstatters Jules Roche, verlangen die neue Organisation ohne Vermehrung der Leistungen an Geld und Mannschaft.
4. Die Vorschläge der beiden ersten Redner zur Rückkehr zum System der Berufs-Armee mit langer Dienstzeit haben keine Aussicht auf Verwirklichung; diejenigen der übrigen Redner aber zur Einstellung aller Tauglichen unter eventueller Annahme der zweijährigen Dienstzeit werden voraussichtlich früher oder später zu gesetzlicher Ausgestaltung gelangen.
5. Die Regierung hat sich noch für keine Neu-Organisation entschieden, aber die Absicht ausgesprochen, keine Erhöhung der Kredite für das Heer zu verlangen.

Nach interessantesten Bemerkungen über den Geist des französischen Offizierkorps und der Unteroffiziere, des bedenklichsten Elements der französischen Armee, kommt der Verfasser zu folgendem zusammenfassenden Urtheil:

Die Revanche-Idee ist nicht todt. Man dürstet in Frankreich nach kriegerischem Ruhm. . . . Am liebsten möchte man den Gegner „von der anderen Seite der Vogesen“ zu Paaren treiben. . . . Alle Kreise, auch die bestunterrichteten, in Frankreich gefallen sich in der Idee, daß Deutschland nur auf einen günstigen Augenblick lauern, um Frankreich von Neuem niederzuwerfen und zu zerstören, seine Kolonien zu erwerben u. c. u., während sie absolut kein Verständnis dafür haben oder haben wollen, daß Deutschland seine schwere Rüstung nur trägt, um seine mühsam erworbene Einheit und Unabhängigkeit sicher zu stellen und daß kein Deutscher, vom Kaiser bis zum Tagelöhner daran denkt, wie einst Frankreich es gethan und geliebt, Eroberungssteige um die Welt her zu führen. Daß aber die französische Parlamentskammer und die Fachblätter ihrer Bevölkerung nachweisen, wie

die deutsche Kriegsmacht der eigenen überlegen geblieben ist, — das können wir uns selbst mit einigen Uebertreibungen gefallen lassen! So lange ihre Beratungen von dem Gedanken beherrscht werden, wie man am Besten den drohenden Angriffe des abgewaltigen deutschen Nachbarn entgegenzutreten kann, nicht aber wie man zu rüsten habe, um auf kürzestem Wege nach Berlin zu marschiren, so lange meinen wir, wird die Rivanchelust noch nicht zur That schreiten, — wenigstens nicht, so lange noch einiger Verstand regiert. Der gewaltige Budget-Berathung in Paris mit ingrimmiger Anerkennung zum Ausdruck gebracht hat, wird hoffentlich auch die Leidenschaft und Intriguen im Zaume halten! Dieser Respekt ist somit das Beste, was wir Deutschen aus jenen Verhandlungen entnehmen können, ein günstiges Omen für die Ruhe Deutschlands und den Frieden Europas!

## Tagegeschichte.

### Deutschland.

— Das Reichskanzlerorgan, die „Nordd. Allg. Ztg.“ schließt sich den gestern mitgetheilten Bemerkungen der „Nationalzeitung“ über die Bedeutung der mehrerwähnten Berliner Mittheilung in der „Politischen Correspondenz“, die sich mit den Plänen Russlands in Ostasien beschäftigt, an und erklärt, auch sie, die „Nordd. Allg. Ztg.“ sei vor einiger Zeit dahin verständigt worden, daß die der „Pol. Corr.“ aus Berlin zugehenden Auslassungen keinen Anspruch auf einen offiziellen Charakter machen könnten. Das Organ des Reichskanzlers, die „Hamburger Nachrichten“, äußern sich in dieser Angelegenheit folgendermaßen: „Die Correspondenz trägt für jeden erfahrenen Politiker den Stempel der Erfindung auf der Stirn. Die Intereffen, die Rußland in Ostasien vertritt, sind viel zu wichtig für die Erreichung der asiatischen Ziele Rußlands überhaupt, als daß man in St. Petersburg daran denken könnte, sie preiszugeben. Andererseits glauben wir nicht, daß Deutschland, selbst wenn es seine Haltung gegen Rußland in der asiatischen Angelegenheit ändern wollte, damit Rußland bestimmen könnte, auf seine Absichten zu verzichten. Es würde jedenfalls für die deutsche Politik nichts Widerräthlicheres und Schädlicheres geben, als den Versuch, in dieser Weise auf Rußland zu drücken. Der Erfolg würde gleich Null, der Schaden groß sein. Wir haben hier aber die Leistungen der deutschen Politik auf ausländischem Gebiet kein Urtheil zu fällen, aber wir glauben oder hoffen wenigstens nicht, daß eine etwa erfolgte Aenderung der Haltung Rußland gegen eine etwa erfolgte Aenderung der Haltung Deutschlands gegen Rußland sich insofern zu einer directen Anleihe entschließen habe, wie heute von St. Petersburg aus demittirt.“

In ihrer neuesten Nummer bezeichnet die „Nationalzeitung“ die Behauptung über ein Zusammengehen Deutschlands mit England und Japan als bloße Phantasie. Diese Ausstellungen könnten, falls sie von japanischer Seite ausgingen, nur darauf abzielen, die Beziehungen zwischen